

Erscheint alle 14 Tage.
Hertel's. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
"Die Eiche", Berlin
NW 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gehaltene Beitzelle
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 21/22

Berlin, den 29. Mai 1931

42. Jahrg.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für "Die Eiche" an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Postschreiben sind zu adressieren: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222. Städtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 39921 beim Postfachamt Berlin NW 7

Fernsprechamt
Alexander 4719

Betrachtungen.

Das Pfingstfest mit seinen Freuden ist vorüber, der nicht aufmerksame Beobachter könnte sehr leicht zu der Ansicht gelangen, daß überall Freude herrschte. Wer jedoch aufmerksamer hinschaute, mußte zu der Erkenntnis kommen, daß eine rechte Pfingstfreude nicht aufkommen konnte, allzusehr werden die Gemüter von den wirtschaftlichen Sorgen bedrückt, das graue Gespenst der Arbeitslosigkeit geht verheerend durch die Massen und ruft überall die tiefste Verbitterung hervor. Zwar ist eine leichte Abnahme der Arbeitslosenziffern zu verzeichnen, die jedoch lediglich auf das Baugewerbe zurückzuführen ist. Die Statistik weist immer noch die stattliche Zahl von

4211 000 Arbeitslosen

auf. Besonders stark wird das Holzgewerbe von der Arbeitslosigkeit erfaßt, wobei Berlin mit an der Spitze marschiert. Die Zahl der Ausgesteuerten, die lediglich auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind, wächst ständig und belastet den Etat der einzelnen Kommunen, daß dieselben nicht mehr aus- und einwissen. Die Folgen davon sind, daß die Steuerfahne immer mehr angebreht wird, nur leider mit dem Ergebnis, daß meist die Kleinen Leute lediglich davon erfaßt und manche Gewerbebranche zum Erliegen kommen. So bringt der Magistrat von Berlin seinen Einwohnern ein nettes Pfingstgeschenk, indem verlangt wird, daß die bereits erhöhte Biersteuer verdoppelt, die Bürgersteuer um 200 Prozent, und der Wasserzins um 5 Pfg. pro Kubikmeter erhöht wird. Also wiederum eine Belastung des Kleinen Mannes. Wichtig ist, daß das Defizit im Stadtkäsel vorhanden ist, ob das tatsächlich vorhanden sein mußte, ist eine andere Frage. Wir haben bereits leghin auf die außerordentlich hohen Einkommen der Direktoren der städtischen Betriebe hingewiesen, wo Direktoren 30 000 Gehalt und 43 000 Mk. Lantlemen beziehen. Der frühere zweite Bürgermeister Dr. Schulz von Berlin wurde nach dem neuen Gesetz dem neuen Oberbürgermeister unterstellt, das paßte dem Manne nicht, er verweigerte jede weitere Mitarbeit, bezieht aber bis zum Ablauf seiner Amtsperiode 1935 sein volles Gehalt von jährlich 33 000 Mk., um von da ab 80 Prozent des Gehalts als Pension zu beziehen. Ein Privatangestellter würde in diesem Falle fristlos entlassen werden, kein Arbeitsgericht könnte ihn schützen. Den Bürgermeister schützt das Gesetz, indem auf Grund seines Vertrages er nicht notwendig hat, sich einer andern Person unterzuordnen. Solche Sachen sind geradezu unverständlich, diese Gesetze sind doch nicht von heute oder gestern, lassen sich dieselben denn nicht ändern? Wenn es gilt, die Rechte der arbeitenden Schichten zu schmälern, ist man doch flink dabei, dies, wenn es nicht anders geht, das Ziel durch eine Notverordnung zu schaffen. Die Zustände in den Kommunen sind für die Dauer nicht haltbar, es ist dort auch ein Beamtenstab großgezüchtet, der für die Massen untragbar ist, auch die stärkste Steuerschraube bekommt zuletzt einen Leerlauf. Eigentümlich berührt die Begründung des neu gewählten sozialdemokratischen Rammers Dr. Witz zur Biersteuer. Er weist zunächst darauf hin, daß das Bier ein Luxusgetränk ist und andere Gemeinden das Bier bereits viel höher versteuert haben. Das besagt, wenn eine Gemeinde eine Dummheit macht, muß die andere das nachmachen. Dasselbe gilt für die Erhöhung der Bürgersteuer. Diese ay und für sich eine der ungerechtesten Steuern belastet besonders den Kleinen Mann, da die Staffeln nach oben so gering ist, daß die Besitzenden von dieser Steuer kaum berührt werden. Die Erhöhung des Wasserzins kommt einer Erhöhung der Mieten gleich. Nach dem Gesetz hat der Hauswirt das Recht, den Wasserzins auf die Miete umzulegen, daß durch den Beschluß des Magistrats eine Erhöhung der Mieten eintritt.

Auf der andern Seite stehen die geschmolzenen Einkommen, Lohn- und Gehaltsabbau auf der ganzen Linie, eine zweite Lohnabbauwelle macht sich bereits hart bemerkbar, von einer nennenswerten Preisentwertung ist nichts zu spüren, im Gegenteil, der Brotpreis ist noch

gestiegen. Ist es da weiter verwunderlich, wenn sich in den Geschäftszweigen, in den breiten Massen des Volkes eine tiefgehende Unzufriedenheit bemerkbar macht. Die Wahlen am 14. September und jetzt in Oldenburg haben gezeigt, wohin die Reise geht, sie haben mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß die Lohn- und Gehaltsabbaupolitik der Reichsregierung verbunden mit einem zwar versprochenen, aber nicht durchgeführten Preisabbau glänzend Fiasko gemacht hat. Die Not des Volkes wird immer größer, Verzweiflung hat die Massen ergriffen, Selbstmorde sind an der Tagesordnung.

Die Etats des Reiches, der Länder und der Kommunen kommen nicht ins Gleichgewicht, jede Berechnung wird über den Haufen geworfen, über eine Milliarde Fehlbetrag im Etat des Reiches, dazu die gewaltige Zahl der Arbeitslosen. Die Vertreter der Spitzenverbände sind wiederholt bei der Regierung vorstellig geworden, haben dauernd ihre warnende Stimme erhoben, ohne daß man derselben genügend Rechnung getragen hat. Nach wie vor ist die wichtigste Frage: Wie können die Millionen Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht werden?

Die Regierung hat dieserhalb einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, wir haben über dessen Tätigkeit bereits wiederholt berichtet und haben auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß bei aller Anerkennung und Würdigung der geleisteten Arbeit dem Gutachten doch nur theoretische Bedeutung beizumessen ist. Trotzdem ist bei dieser Arbeit ein erheblicher Wert nicht zu verkennen. Im ersten Teil des Gutachtens können wir mit Genugtuung feststellen, daß die Kommission in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und der damit verbundenen Verminderung der Arbeitslosenziffer, sich die Forderungen der Spitzenverbände zu eigen gemacht hat, indem sie den Vorschlag macht, daß Reich, Länder und Gemeinden die lange Arbeitszeit abschaffen und Ueberarbeit gänzlich vermeiden sollen. Bei Vergebung von Aufträgen soll an die ausführenden Firmen in gleichem Sinne die Aufforderung gerichtet und die Schlichtungsbehörden angewiesen werden, bei Tarifstreitigkeiten, betreffend die Arbeitszeit, diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Außerdem soll aber für Industrie und Berufsvereine, deren Lage eine solche Maßnahme zuläßt, der Regierung durch Gesetz die Ermächtigung gegeben werden, die Arbeitszeit für diese Gruppen bis auf 40 Stunden herabzusetzen.

Der Vorschlag der Kommission geht demnach darauf hinaus, der Mehrbeschäftigung die Tore zu öffnen. Theoretisch genommen sind diese Vorschläge sehr gut durchdacht, für die Praxis jedoch brauchen wir Sicherungen, daß infolge dieser in Aussicht genommenen Verkürzung der Arbeitszeit auch tatsächlich eine Mehrbeschäftigung erfolgt. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Mehrreinstellung von Arbeitskräften, hätte praktisch keinen Wert, würde nur noch die Lage der bisher Beschäftigten wesentlich verschlechtern, neben einem Lohnausgleich müßten Sicherungen geschaffen werden, die eine Mehrbeschäftigung auch tatsächlich gewährleisten.

Noch weniger erschöpfend ist das Gutachten zur Frage der Doppelverdiener.

Die Gutachterkommission empfiehlt, daß die Behörden ihren Beamten und Dauerangestellten keine Genehmigung zur Nebenbeschäftigung erteilen und bereits gegebene Zulagen zurückziehen sollen, hier vermüssen wir die zu treffenden Maßnahmen gegen die Klasse der Doppelverdiener, die bei einer hohen oder doch erträglichen Pension noch ein Arbeitseinkommen beziehen. Hier muß klar ausgesprochen werden: „Wer ein ausreichendes näher zu bestimmendes Arbeitseinkommen hat, kann keinen Anspruch auf eine Pension oder Wartegeld geltend machen. Hier liegt der Schlüssel, der angewendet werden muß, wenn man eine jährende Ungerechtigkeit, die bereits soviel Staub aufgewirbelt hat, beseitigen will.“

Das zweite Teilgutachten will zunächst mehr den Ursachen der Krisenerscheinungen nachgehen, um aus diesen dann die Maßnahmen herleiten zu können, die unsere ganze Wirtschaft von innen heraus einer Gesundung entgegenführen soll. Nach der Feststellung, daß eine Reihe

von Gründen die Krise heraufbeschworen, stellt sich die Kommission auf den Standpunkt, daß die Beschaffung von langfristigen Auslandsanleihen geeignet sei, den Gang der Wirtschaft günstig zu beeinflussen. Die Ansicht der Gutachter geht weiter dahin, daß diese Kapitalbeschaffung zunächst und in erster Linie als eine Aufgabe der öffentlichen Hand angesehen wird, die den ersten Schritt auf diesem Wege tun soll. Ob es gelingt, diese Auslandsanleihen hineinzubekommen; ist allerdings eine andere Frage.

Besonders beachtet muß jedoch werden, daß diese Krise eine Folge des Mißverhältnisses zwischen der Produktionsfähigkeit der Wirtschaft und der Abnahmefähigkeit der Konsumenten ist. Die Idee des Lohn- und Gehaltsabbau hat die Abnahmefähigkeit stark eingeschränkt. Nicht darauf kommt es allein an, der Wirtschaft die neuen Kapitalen zu beschaffen, sondern in erster Linie dafür zu sorgen, daß unsere Konsumkraft der Produktionsfähigkeit angepaßt wird. Immer wieder redet man in allen Tonarten von den zu hohen Selbstkosten, denkt in Wirklichkeit aber nur an einen Lohn- und Gehaltsabbau, während eine übrige Selbstkostensenkung kaum in Betracht gezogen wird. Der Sinn der Krise in der kapitalistischen Wirtschaft ist der, daß die Krise den Boden für eine neue Konjunktur vorbereitet, daß also Faulen und Morsches ausgemerzt wird. Ob dieser Heilungsprozeß in der deutschen Wirtschaft durchgeführt ist, kann noch bezweifelt werden. Man hat Arbeiter und Angestellte in Massen abgebaut, aber es ist an den wenigsten Stellen davon die Rede gewesen, daß die Ueberkapitalisierung der Betriebe beseitigt werden soll. So schleppen die Betriebe unnötig große Zinslasten mit, die eine Produktivität verhindern und dazu das größte Hemmnis dafür sind, den Warenpreis zu beeinflussen. Ohne Ermäßigung der Selbstkosten von dieser Seite und dazu ohne Ausschaltung der Zwangswirtschaft der Kartelle und Trusts ist die Senkung des Preisniveaus nicht zu erreichen. Bezeichnend für die tollen Auswirkungen der Kartellwirtschaft ist doch ein Vorgang, über den wir bereits berichtet haben, wonach bei einer Ausschreibung eines Neubaus der Berliner Ortskrankenkasse für das Stahlgewölbe von deutschen Firmen ein Durchschnittspreis von 1 Million gefordert wurde, während eine französische Firma die Ausführungen für 700 000 Mk. übernehmen wollte, dabei verpflichtete sich diese Firma, nur Material aus deutschen Werken zu benutzen, ebenso deutsche Arbeiter zu deutschen Tariflöhnen. Das ist doch ein solch ungeheurerlicher Vorgang, der doch der Reichsregierung ernste Veranlassung geben sollte, das ganze Kartellwesen einer ernsten Nachprüfung zu unterziehen. Diese Tatsachen sind doch auch dem Ausland bekannt. Wer aber wollte neue Gelder in eine Wirtschaft bringen, die nicht innerlich die Voraussetzungen für ein gedeihliches Arbeiten geschaffen hat?

Wir müssen endlich aus dem Experimentieren heraus, es müssen greifbare Taten gezeigt werden, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Das Parlament hat leider versagt, dort hat man offenbar von der Not des Volkes noch nichts begriffen, man hält es dort für wichtiger, in kleinen eifersüchtigen Plänkeln die Zeit zu verbringen, dafür aber die von den Steuerzahlern aufgebrauchten hohen Diäten in die Tasche zu stecken. Der Finanzminister sollte sich das reichlich überlegen, ob hier nicht eine wesentliche Einsparung gemacht werden könnte, indem man die ganzen Diätenfragen einer gründlichen Revision unterzog. Während die große Masse des Volkes wahrhafte Not leidet, gibt es Kreise, die geradezu in Luxus schwelgen, auch dort ist für den Finanzminister ein dankbares Feld. Wenn jedoch nicht alle Anzeichen trügen, trägt man sich lieber mit dem Gedanken des Wobaus der Sozial-, insbesondere der Arbeitslosenversicherung herum. Dem muß seitens der organisierten Arbeitnehmer der heftigste Widerstand entgegengesetzt werden. Hat die Arbeitslosigkeit die ganze Krise die Kampfkraft etwas gelähmt, so darf man nicht glauben, daß damit der Mut gebrochen ist. Die Führer wissen genau, daß es nur eines gemeinsamen Rufes bedarf, um die Massen auf den Plan zu rufen. Kollegen, die Zeiten sind bitter ernst, eure ganze Kraft und Stärke liegt heute nur noch in der Organisation. In diesem Pfeiler ist auch die Welle des Lohn- und Gehaltsabbaues gebrochen. Wenn es auch nicht möglich war, ganz den Abbau zu verhindern, so

gelang es doch, denselben auf ein einigermaßen erträgliches Maß zurückzuführen. Dies war nur möglich, daß die Kollegen auch in der schwersten Zeit der Organisation meist die Treue gehalten haben. Gewiß gibt es auch Leute, die schamlos geworden sind. Das ist sicherlich meist infolge der großen Not geschehen. Es gibt auch Kollegen, die noch nicht ganz sattelfest waren und die den Lockungen links- oder rechtsradikaler Elemente nicht haben widerstehen können. Wir sind davon überzeugt, daß dieselben bei reichlichem Nachdenken bald den Weg zur Organisation zurückfinden werden. Für die Vorstände und Vertrauensmänner der einzelnen Ortsvereine erwächst hier eine dankbare Aufgabe die Koll. von dem Ernst der Lage zu überzeugen und sie wieder einzureihen in die Reihe der unerschrockenen Kämpfer. Die Gutachterkommission geht offenbar von dem Standpunkt aus, daß der Höhepunkt der Krise erreicht ist, demnach eine langsame Besserung eintreten muß. Wenn dem so ist und wir haben keine Ursache daran zu zweifeln, dann erwächst für uns die doppelte Pflicht, frühzeitig Vorkehrungen zu treffen, um die durch die langandauernde Krise geschlagenen Wunden zu heilen. Wahrlich der Wunden gibt es genug, je schneller der Heilungsprozeß vor sich geht, desto besser für die Gesamtheit. Lassen wir daher den Fingerring in unsere Herzen einziehen, suchen wir, wie feinerzeit die Jünger die Massen aufzuklären, zeigen wir durch entschlossenes Handeln, daß die Regierung verpflichtet ist, den berechtigten Wünschen der Unternehmerkreise Rechnung zu tragen.

Der Schiedspruch für das Berliner Holzgewerbe nicht für verbindlich erklärt.

Am 9. April fällt der Schlichtungsausschuß von Groß-Berlin für das Berliner Holzgewerbe einen Schiedspruch, der sowohl für den Mantelvertrag, wie in der Lohnfrage eine tarifliche Regelung vorsah. Beide Arbeitgeberverbände, die Vabeho, wie die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie nahmen den Schiedspruch an, während die drei Arbeitnehmerverbände einmütig den Spruch ablehnten. Daraufhin haben die beiden Arbeitgeberverbände die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Diese Angelegenheit wurde dem Schlichter für den Bezirk Brandenburg, dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Wiffel, übertragen. Das war Grund genug für die Arbeitgeberverbände, das Reichsarbeitsministerium mobil zu machen und Wiffel für befangen zu erklären.

Wie nicht anders zu erwarten war, lehnte das Reichsarbeitsministerium ein Eingreifen in diese Angelegenheit ab und so mußten die Vertreter der beiden Arbeitgeberverbände wohl oder übel der Einladung von Dr. Wiffel folgen und sich mit den Arbeitnehmervertretern an den Verhandlungstisch setzen. Auch hier mußten die Verhandlungen wieder getrennt geführt werden, da namentlich die Vabeho es ablehnt, sich mit den Führern der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie (Richtung Pöth) an einen Tisch zu setzen. Der Schlichter gab sich alle erdenkliche Mühe, eine Verständigung über den Schiedspruch herbeizuführen, denn auch die Arbeitgeber mußten zugeben, daß in dem Schiedspruch Bestimmungen enthalten sind, die für alles andere, aber nur nicht für die Berliner Holzindustrie passen; deshalb geeigneter waren, dauernd Streitigkeiten hervorzurufen. Die ersten Verhandlungen wurden mit der Vabeho geführt, liefen jedoch nach wenigen Stunden erkennen, daß unter der Führung von Syndikus Haertlein jede Verständigung ausichtslos war, zumal von der Seite die Sachlichkeit arg vernichtet wurde, demgemäß mußten die Verhandlungen abgebrochen werden.

Nun setzte der Verhandlungsgang mit den Vereinigten Verbänden, Richtung Pöth, ein. Hierbei muß betont werden, daß diese Verhandlungen mit der größten Sachlichkeit geführt wurden. Das erweckte bei dem Schlichter die Hoffnung, daß es unter Umständen doch möglich sei, mit dieser Arbeitgeberorganisation eine Verständigung herbeizuführen. Diese Verhandlungen wurden am 11. Mai bis 10 Uhr abends geführt, wurden dann vertagt und am 18. Mai wieder aufgenommen. Auch an diesem Tage war die größte Sachlichkeit vorhanden, doch zeigte sich in den stundenlangen Verhandlungen, daß die Gegenseite zu groß, der Schiedspruch das größte Hindernis für die Verständigung bildete. So mußten auch diese Verhandlungen als resultatlos abgebrochen werden, doch hatten diese langen Verhandlungen das eine gute, daß die Arbeitgeber die Fehler des Schiedspruchs erkannten und der Schlichter zu der Erkenntnis kommen mußte, daß solch Monstrum von Schiedspruch dem schwer darnieder liegenden Berliner Holzgewerbe unmöglich helfen könne, ja, sogar eine große Gefahr bestand, wenn dieser Schiedspruch für verbindlich erklärt wurde. Der Schlichter hat demgemäß aus dem Ergebnis der Verhandlungen seine Schlussfolgerungen gezogen und hat den Antrag der Arbeitgeber auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches abgelehnt.

Mit dieser Entscheidung ist gleichzeitig die Tatsache zu bezeichnen, daß das Berliner Holzgewerbe vertraglos dahinhinkt. Das ist an und für sich bedauerlich, doch immer noch besser als einen Vertrag in Kauf zu nehmen, der geeignet wäre, dem jahrzehnte langen von beiden Seiten gepflegten Tarifvertragsgedanken zu beseitigen. Das Holzgewerbe leidet nicht nur in Berlin sondern im ganzen Reich. Für die meisten Landesteile sind Verträge abgebrochen, die meist die Bestimmungen des alten Mantelvertrages enthalten, auch die Lohnhöhe ist in den all-

gemein üblichen Grenzen gehalten. Der Schiedspruch für Berlin beseitigte die bisherigen Bestimmungen des Durchschnittslohnes, sowie die der höheren Leistungsfähigkeit, so daß hiernach der bisherige Lohn für Berlin von 1,31 auf 1,08 herabgesetzt werden sollte. Die Arbeitgeber erklärten zwar, daß dies auch nicht in Willen wäre, mußten jedoch zugeben, daß nach dem Schiedspruch die Möglichkeit dazu vorhanden sei. Auch im Mantelvertrag enthält der Schiedspruch Bestimmungen, die bisher das Holzgewerbe in keinem Verträge kennen gelernt hat. Eine weitere Tatsache verdient festgehalten zu werden, bisher war es üblich, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses möglichst bemüht war, eine vermittelnde Brücke zwischen den Vorschlägen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu finden. Der Berliner Schiedspruch geht über die Wünsche der Arbeitnehmer zur Tagesordnung über, trägt dafür aber den Forderungen der Arbeitgeber umso mehr Rechnung, indem er die von den Arbeitgebern selbst gestellten Forderungen weit überholt. Man muß immer wieder die Frage aufwerfen, wie ist so etwas möglich, wir wollen es bei dieser Frage bewenden lassen.

Eine andere viel weitergehende Frage ist aufzuwerfen, immer wieder wurde betont, daß die Verhandlungen mit den Vertretern der Vereinigten Verbände in äußerst sachlicher Weise geführt wurden und daß auf beiden Seiten der ehrliche Wille bestand, ein Vertragswerk zu schaffen. Wenn dem so ist, welches war das größte Hindernis zur Schaffung des Vertrages? Darauf muß geantwortet werden, der Schiedspruch.

Wer den Verhandlungen objektiv gefolgt ist, muß zu der Erkenntnis kommen, daß selbst bei der Umstellung der Bestimmungen dieses Monstrums von Schiedspruch die Möglichkeit einer Verständigung nicht vorhanden war. Eine Verständigung war nur möglich, wenn man den Schiedspruch beiseite schob, die beiderseitigen Vorlagen zur Hand nahm, einen ernstlichen Verständigungswillen zeigte, indem man mit Hilfe des Schlichters Formulierungen suchte, die für beide Teile tragbar sind. Zu dieser Tat konnte man sich leider nicht aufraffen, was an und für sich zu bedauern, aber nicht zu ändern ist. Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Hindernis sind die organisatorischen Schwierigkeiten innerhalb der Arbeitgeberlager. In solchen gegenseitigen Reibungen kann kein vernünftiger Mensch Freude haben, sie sind auch angesichts der verzweifeltsten Lage im Holzgewerbe beim besten Willen nicht am Platze. Dasselbe gilt auch für die demagogische Hege, die Herr Haertlein in seinem Organ „Das deutsche Holzgewerbe“ so intensiv betreibt. Es ist bezeichnend für die Einstellung der Mitglieder der Vabeho, daß man es magt, denselben solche Geistesloft vorzusetzen, doch ist dies eigene Angelegenheit der Betroffenen. Wir weisen nur mit aller Entschiedenheit die Behauptung zurück, daß durch die Lohn- und Vertragsbestimmungen das Berliner Holzgewerbe ruiniert worden ist. Die Berliner Holzarbeiter werden auch, so weit sie in Arbeit stehen, das ist ja leider nur ein Bruchteil, ihre Rechte auch ohne Vertrag zu wahren wissen.

Der Manteltarifvertrag für die Berliner Musikinstrumentenindustrie gekündigt.

Der Arbeitgeberverband der Berliner Musikinstrumentenindustrie e. V. hat am 19. Mai den den am 18. Juli 1927 abgeschlossenen Manteltarifvertrag für die Berliner Musikinstrumentenindustrie zum 30. Juni 1931 gekündigt.

Der Schiedspruch für das Rheingebiet für verbindlich erklärt.

Laat Beschluß des Arbeitsministeriums ist der Schiedspruch für das Rheingebiet für verbindlich erklärt.

Wirtschaftsdemokratie.

(Von H. Mittlöhner-Berlin)

Der nachfolgende Artikel über die Wirtschaftsdemokratie soll die Kollegen erneut an die Ertrungenschaften der Arbeitnehmer erinnern, zu deren Erfolg zum überwiegenden Teil die Gewerkschaften mit beigetragen haben. Er soll deshalb erinnern, weil ein großer Teil der Kollegen diesen Erfolg als etwas ansieht, was vielleicht so wie so sein würde. Diese Kollegen haben vergessen, daß darum viele Kämpfe geführt wurden. Man schenkt diesem Erfolg zu wenig Aufmerksamkeit, obgleich es in letzter Zeit doppelt notwendig ist. Nicht nur Sozialversicherungen und Tarifverträge sollen verschlechtert werden, sondern man glaubt, daß die Zeit auch sehr günstig sei, um auf dem Gebiet der Wirtschaftsdemokratie weitgehende Einschnitte zu ungunsten der Allgemeinheit machen zu können. Dies darf nicht geschehen, es sollen im Gegenteil noch Verbesserungen geschaffen werden. Darum ist es notwendig zu zeigen, daß die Gewerkschaften auch auf diesem Gebiet verständig eingreifen müssen. Man muß die säunigen und gleichgültigen Kollegen wachrütteln und auch darauf hinweisen. Da die Gewerkschaften schon von jeher die Wirtschaftsdemokratie befürwortet haben, müssen unsere Kollegen ganz besonders aktiv sein und durch die Stärkung unserer Organisation den Erfolg in diesem Kampf für uns sichern. In anbetrach der übergroßen Radikalisierung weiter Volksteile, welche der heutigen Staatsform ablehnend gegenüber stehen, muß es ganz besonders die Aufgabe sein, der Öffent-

lichkeit die größtmögliche Mitgestaltung an der Wirtschaftsführung zu geben, um so das Volk staatsbewußter zu erhalten. Gewiß sind auch Fehler in der Wirtschaftsdemokratie vorgekommen, welche sie in einigen Kreisen in Mißkredit gebracht hat. Es darf nicht sein, daß das Parteibuch für die Befegung einer Stellung maßgebend ist, sondern die Fähigkeiten müssen ausschlaggebend sein. Auch dürfen nicht phantastische Gehälter für die Leute gezahlt werden, welche an führender Stelle sitzen, während man in den unteren Kreisen an allen Enden Sparmaßnahmen trifft. Ebenso muß darauf geachtet werden, daß die Leute, welche in führender Stelle bei demokratischen Einrichtungen sind, nicht persönlich in irgend einer Art finanziell an den Einrichtungen interessiert sind. Sobald man diese Mängel beseitigt hat, werden die Gegner der Wirtschaftsdemokratie keine Angriffspunkte mehr haben und auch das Volk wird wieder mehr Interesse an einer demokratischen Wirtschaftsführung haben.

Unter Wirtschaftsdemokratie versteht man die Mitbestimmung und Mitverantwortung aller an der Wirtschaft interessierten Kreise. Die Träger der Wirtschaftsdemokratie sind die gesetzgebenden Körperschaften, wie das Reich, die Länder und Gemeinden, sowie die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Auch in anderen, zum Teil von den Arbeitnehmern selbst geschaffenen Einrichtungen ist die Wirtschaftsdemokratie verankert. Es sind dies die Arbeiter- und Angestelltenbanken, Genossenschaftsbanken, die Konsumvereine und die Bauhütten. Die Forderung der Arbeiter zur Mitgestaltung der Arbeitsverhältnisse, sowie die Schaffung und Selbstverwaltung von sozialen Einrichtungen erfolgte schon gleich nach der Gründung der Gewerkschaften. Wurden auch die Forderungen zum Teil erfüllt, so waren sie aber noch lange nicht so gestaltet, wie es im Interesse der Arbeitnehmer erforderlich war. In der Zeit, als die Gewerkschaften noch um diese Forderungen, wie Tarifverträge und Schiedsgerichte, sowie für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen heftige Kämpfe führen mußten, konnte sich der Kapitalismus zu seiner ungeheuren Macht entwickeln.

Es waren die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, welche den Industrien eine Fülle von Möglichkeiten für ihre Entwicklung und Ausdehnung boten. Die Expansionsmöglichkeiten wurden durch das Aufkommen neuer Unternehmungen und durch das Verschließen von Absatzmärkten im Ausland, da die einzelnen Länder sich eigene Industrien geschaffen haben und auch als Konkurrenz jetzt auftreten, immer geringer. Die einzelnen Industrien gingen nun dazu über, sich in den verschiedensten Formen zusammen zu schließen und gegenseitige Abmachungen zu treffen, um sich nicht wieder zu konkurrieren. Es entstanden Kartelle verschiedener Art, Syndikate, Konzerne und Trusts. Durch diese freiwilligen Bindungen wird die individualistische Unternehmerinitiative in immer größerem Maße aufgehoben und mit dem großen Konzernbeamtenkörper tritt auch eine Bürokratisierung der freien Wirtschaft ein. Durch die Verhältnisse nach dem Kriege haben die Bindungen in der Wirtschaft noch straffere Formen angenommen. Aus diesen Gründen erscheint die Forderung nach der Wirtschaftsdemokratie ganz besonders begründet zu sein. Der Kampf für und wider die Wirtschaftsdemokratie ist in letzter Zeit wieder mehr hervorgetreten, was wohl durch die Wirtschaftskrise zu erklären ist. War wohl früher eine individualistische freie Wirtschaft erforderlich, um eine starke nationale Industrie zu erlangen, so ist es heute unmöglich bei dieser gewaltigen Konzentration und freiwilligen Bindung von Unternehmungen, die wirtschaftlichen Entscheidungen und Bestimmungen über ein ganzes Volk nur einigen wenigen Leuten so in die Hände zu geben.

Schon die Monarchie sah sich in Deutschland genötigt, im Interesse des Staates in einigen Wirtschaftszweigen einzugreifen; (s. Gesetz über Absatz von Koll 1910 „die Eingriffe in die Rohlenwirtschaft während des Krieges“) ferner sah sie sich auch im Kriege genötigt, die Gewerkschaften in wirtschaftlichen Fragen und Beratungen mit hinzu zu ziehen, weshalb ja auch die Gewerkschaften während des Krieges anerkannt wurden, wieviel nötiger ist es erst bei der Umwandlung des Staates zu einer Demokratie und bei einer Zerrüttung der Wirtschaft durch Krieg und Inflation, daß sich weite Kreise des Volkes mit an der Gestaltung der Wirtschaft beteiligen. Es darf wohl demnach kein Streit mehr darum geben, ob man überhaupt dem Volke eine Mitbestimmung in der Wirtschaft geben will, sondern es kann nur noch um Meinungen gehen, wie weit man die Mitbestimmung des Volkes an der Wirtschaft für notwendig hält und zulassen will. Schon durch die Gründung der Gewerkschaften waren die Vorbedingungen für die Mitbestimmung der Arbeiter an der Wirtschaft und den Arbeitsbedingungen gegeben und so waren die Forderungen nach Gleichberechtigung, Vereinbarung und Schiedsgericht, welche bei der Gründung der Gewerkschaften gestellt wurden, nur zu selbstverständlich.

(Fortsetzung folgt.)

Die Deutsche Bauausstellung in Berlin.

Mit einem feierlichen Festakt wurde am Sonnabend, dem 9. Mai in Berlin die Deutsche Bauausstellung eröffnet. Nahezu 2000 Ehrengäste hatten sich eingefunden. Flaggen und Wappen der 23 ausstellenden Länder zierten die Räume. Nach Darbietungen des Berliner Symphonieorchesters, ergriff der neugewählte Oberbürgermeister von Berlin Dr. Sahm das Wort. Er betonte, daß die Bau-

ausstellung eine Rechtfertigung der Berliner Ausstellungspolitik ist. Der Veranstaltung kommt gerade für die Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise eine besondere Mission zu, denn sie lenkt die Augen der gesamten Bevölkerung auf die beherrschende Schlüsselstellung, die dem Baugewerbe innerhalb der Volkswirtschaft zukommt. Noch in jeder Wirtschaftskrise ist eine Belebung der Bautätigkeit als das zweckmäßigste Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit benutzt worden. Wir dürfen nicht vergessen, daß neben der vermehrten Herstellung von Wohnungen, die infolge der Nachwirkungen der Stagnation während des Krieges und nach dem Kriege notwendig geworden ist, es nicht unterlassen werden darf, die vorhandenen alten Wohngebäude zu sanieren. Hier ist eine Aufgabe von unerhörter Dringlichkeit gegeben.

Nach Dr. Sahm sprach als Vertreter der Reichsregierung der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, der in der Hoffnung, daß die Bauausstellung mit dazu beitragen möchte, die Räte unseres Volkes zu lindern, die Ausstellung namens der Reichsregierung eröffnete. Für die preussische Regierung sprach Dr. Steiger. Als letzter sprach Baurat Dr. Riepert. Wir werden auf die ganze Bauausstellung später noch näher eingehen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung hat sich die Entlastung des Arbeitsmarktes im ganzen Reich fortgesetzt, so daß sich in der Zeit vom 30. April bis 15. Mai die Zahl der Erwerbslosen um weitere 140 000 Personen vermindert hat. Seit dem Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit, die mit 4 972 000 Erwerbslosen die 5-Millionen-Grenze fast erreichte, sind demnach in den letzten acht Wochen rund 726 000 Erwerbslose wieder in den Produktionsprozess eingestellt worden. Am Stichtag, den 15. Mai, waren somit noch 4 211 000 berufstätige Personen in Deutschland arbeitslos, eine für die letzte Jahreszeit erschreckend hohe Zahl.

Auch in der Holzindustrie ist die Arbeitslosigkeit, wenn auch nur in bescheidenem Maße, zurückgegangen, ist aber immer noch erschreckend groß. Die höchste Arbeitslosenziffer weist anscheinend Berlin mit über 55 Prozent auf, während die Reichsdurchschnittsziffer circa 48,28 Prozent beträgt. Der Stand der Kurzarbeit ist fast unverändert. In den verschiedensten Berufen, selbst in der Klavierindustrie macht sich eine leichte Nachfrage nach Arbeitskräften bemerkbar, im allgemeinen bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor äußerst gespannt. Man darf sich auch dadurch nicht täuschen lassen, daß die Entlastung des Arbeitsmarktes diesmal in der ersten Maihälfte so stark war, wie im vergangenen Jahre im ganzen Monat Mai. Die Ueberlagerung der Arbeitslosigkeit gegenüber der gleichen Zeit 1930, hat sich zwar jetzt zum ersten Male spürbar ermäßigt, bleibt aber mit 1,51 Millionen immer noch enorm hoch. Die durch die verschärfte Gesetzgebung zunehmenden Aussteuerungen kommen auch in der Berichtszeit darin wieder zum Ausdruck, daß die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um 174 000 auf 1,71 Mill. zurückgegangen sind. Andererseits hat sich die Zahl der Krisenunterstützten noch um rund 11 000 erhöht und beläuft sich damit auf 914 000 Personen.

Im einzelnen hat die Aufnahmefähigkeit der Saisonberufe nachgelassen. Dies hängt vor allem mit der Beendigung der Frühjahrseinstellung in der Landwirtschaft zusammen. Am Baumarkt hat die Tätigkeit langsam zugenommen, doch bleibt der Beschäftigungsgrad hinter dem Vorjahr erheblich zurück.

Hugo Rückelhaus †

Kurz vor Redaktionsschluß ging uns die Nachricht zu, daß am 20. Mai der Führer des Rheinisch-Westfälisch-Lippischen Tischler-Innungsverbandes, Herr

Hugo Rückelhaus

im 61. Lebensjahr gestorben ist. Der Verstorbene war Begründer des Verbandes und ein wahrhaft ausdauernder Führer und Verfechter seines Berufsstandes. Auch in Arbeitnehmerkreisen erfreute sich derselbe durch seine offene Kampfweise allgemeiner Hochachtung. Wenn wir auch gezwungen waren, des öfteren mit diesem biederen Helden die wirtschaftlichen Klingen zu kreuzen, so taten wir es stets in dem Bewußtsein, es mit einem ehelichen Gegner zu tun zu haben. Seine Organisation, sowie das gesamte Gewerbe erleidet durch seinen Tod einen schweren Verlust. Der Name Rückelhaus wird im Holzgewerbe unauslöschlich bleiben.

Kampf der Krise.

(Fortsetzung.)

Um das Bild der weltwirtschaftlichen Lage abschließend zu kennzeichnen, man gewinnt den Eindruck geradezu chaotischer Zustände. Die Produktionsfähigkeit ist international seit Kriegsende in Industrie und Landwirtschaft gewaltig gestiegen. Woran es fehlt, ist der Absatz der erzeugten Güter. Dabei mangelt es keineswegs an Bedarf. Waren aller Art werden überall begehrt, namentlich in den

Ländern, vor allem in Millionenhaufen der Arbeitslosen in allen Teilen der Welt. Warenangebot und Nachfrage aber können sich nicht ausgleichen. Hier klafft ein Abgrund, über den keine Brücke führt. Es fehlt an Kaufkraft. Was nützt es dem australischen Wolllieferanten, dem amerikanischen Baumwollfarmer, zu wissen, daß z. B. in Mitteleuropa Millionen von Menschen dringenden Bedarf an Kleidung haben? Dem argentinischen oder kanadischen Weizenbauer, daß in Zentralasien Millionen Menschen Hunger leiden? Die Bedürftigen haben kein Geld, sie können keine Stoffe, keine Lebensmittel kaufen. Mangel und Ueberfluß können sich nicht ausgleichen. Selbst wenn ein Farmer in Uebersee bereit wäre, seinen unverkäuflichen Weizen unentgeltlich an Bedürftige, etwa an Hungergebiete in Zentralasien, abzugeben — wer würde die Frachtkosten tragen? Wer könnte unentgeltlich den Land- und Seetransport übernehmen, der beträchtlichen Arbeits- und Materialaufwand erfordert, also Geld kostet? Selbst hochentwickelte Verkehrstechnik hat die Kluft zwischen Ueberfluß- und Bedarfsgebieten nicht überbrücken können.

Ein harmonischer Ausgleich der wirtschaftlichen Kräfte fehlt. Der Austausch von Leistungen, von Ware und Kapital ist behindert. Der Segen erweiterten und verbesserten Ackerbaus, gesteigerter Viehzucht, industrieller Entfaltung geht der Menschheit damit verloren. So kommt es, daß der internationale Handel in Europa gegenüber dem Stande von 1929 um 12—13 Prozent, in überseeischen Ländern sogar um 22—25 Prozent eingeschrumpft ist. Ungeheure Vorratsmengen an Rohstoffen und Lebensmitteln stauen sich in den Erzeugungsländern. Sie würden ausreichen, um den gesamten Weltbedarf für mehrere Monate, bei Kaffee und Chilealpeter sogar auf ein ganzes Jahr, zu decken. Mais wurde gelegentlich als Brennstoff verfeuert; Kaffee, Weizen wurden verbrannt oder in ganzen Schiffsloadungen ins Meer versenkt, um die Weltmarktpreise vor weiterem Abgleiten zu bewahren. Menschenhand vernichtet Vorräte an Lebensmitteln, anstatt sie menschlicher Ernährung zuzuführen, weil sie in dieser anarchisch ungeordneten Weltwirtschaft unverwertbar (d. h. unverkäuflich) sind. Nur zu einem Bruchteil kann die gewaltig gesteigerte industrielle Kapazität der Länder ausgenutzt werden. In den großen Staaten der Erde feiern nahezu 20 Millionen Menschen.

Im ganzen Umkreis des Wirtschaftsprozesses, von der Warenerzeugung, über den Handel mit Kapital und Bedarfsgütern, den Verkehr auf Bahnen, Schiffen und Kraftfahrzeugen bis zum Verbrauch in den Haushaltungen — überall ist eine beträchtliche Schrumpfung des Produktions-, des Handels-, des Verbrauchsvolumens festzustellen. Der Absatz stößt auf Schwierigkeiten. Die Umsätze gehen zurück. Das Preisniveau ist revolutioniert. Unausgebehalten überflutet die Woge der weltwirtschaftlichen Depression den Erdball. Sie bespült bereits die letzte Insel des Wohlstandes, den Siegerstaat Frankreich.

Deutschland — ein Brandherd der Krise.

Ist es ein Wunder, daß Deutschland, das Opfer aller politischen Nachkriegsünden, zum Krisenherd erster Ordnung geworden ist? Nach der Stabilisierung der Währung hat die deutsche Volkswirtschaft wieder allmählich Verbindung mit der Weltwirtschaft erhalten. Bei der gesamten wirtschaftlichen Struktur unseres Landes war das eine Notwendigkeit. Denn unser Boden verfügt nicht über genügend industrielle Rohstoffe. Die heimische Scholle kann auch heute noch nicht die Ernährung des 64 Millionen-Volkes sicherstellen. Wir müssen vor allem Rohstoffe und Nahrungsmittel einführen, dafür industrielle Fertigprodukte exportieren. Außerdem brauchen wir nach den schweren Substanzverlusten infolge des Krieges und der Inflation ausländische Kapitalhilfe. Wir brauchen sie, um unsern Produktionsapparat auszubauen und zu modernisieren. Wir werden ausländischen Kredit auch für die Zukunft noch nicht entbehren können. Um es zusammenzufassen: wir sind auf den internationalen Handel, auf Aus- und Einfuhr, auf den Weltverkehr und vorläufig auf fremde Geld- und Kapitalmärkte angewiesen. Wir sind mit allen Kulturbölkern wirtschaftlich durch Nehmen und Geben verbunden. Eine so schwere Krise der Weltwirtschaft, wie wir sie seit 1930 erleben, konnte auf das deutsche Erwerbsleben nicht ohne Wirkung bleiben. Es war unvermeidbar: diese Weltwirtschaftskrise mußte zugleich eine Krise unserer Volkswirtschaft auslösen — auch wenn speziell deutsche Vorgänge, zusätzliche politische und finanzielle Belastungen und wirtschaftliche Hemmnisse aller Art, nicht das ihrige getan hätten, den deutschen Notstand zu steigern. Unterlassungsünden und wirtschaftliche Fehlhandlungen der Nachkriegszeit vergrößerten das Uebel.

Diese innerwirtschaftlichen und politischen Ursachen der Krise ergeben sich zunächst aus den besonders gelagerten Verhältnissen des kapitalarmen Deutschland. Der Aufbau unserer Industrie, wie er in den ersten Jahren nach der Stabilisierung vor sich ging, ist allzu sehr ohne Rücksicht auf Rentabilitätsmöglichkeiten erfolgt und hat inländische Kapitalreserven und Auslandsdarlehen aufgezehrt. In vier Jahren haben Landwirtschaft, Industrie und Handel um 30 Milliarden RM. für Neu- und Ersatzanlagen sowie für Vorratsvermehrung aufgewendet. Uebertreibungen des Modernisierungseifers, namentlich im Tempo des Vortreibens der Rationalisierung, verschärften die Schwierigkeiten in manchen Wirtschaftszweigen. Sie haben die Betriebe mit Verzinsung und Amortisation kostspieliger Anlagen belastet, Anlagen, deren Ausnutzung bei der gegenwärtigen Absatzschrumpfung ohnehin in Frage gestellt ist. Sie haben, darüber hinaus,

auch ungünstige zeitliche Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt im Gefolge gehabt. Eine Verdrängung des Menschen durch die Technik, eine Uebergangerscheinung rasch fortschreitender Mechanisierung des Wirtschaftsprozesses, hat stattgefunden; das ist der „Fluch der Maschine“. Noch eine andere Form unrationeller Verwendung von Kapital hat sich in der Nachkriegszeit höchst ungünstig ausgewirkt. Die starke Beanspruchung von Kapital, zum großen Teil von Auslandsgeldern, durch die öffentliche Hand hat weiterhin zur Verknappung des Kapitalmarktes beigetragen. Soweit diese Mittel nicht produktiven Zwecken dienstbar gemacht wurden, sondern zur Finanzierung nicht unbedingt notwendiger Anlagen verwendet wurden, liegt auch hier eine Fehlverwendung von Kapital vor, die im kapitalarmen und schuldenbelasteten Deutschland der Nachkriegsjahre doppelt beklagenswert war. Man hat in diesen kritischen Jahren vielfach über seine Verhältnisse gelebt, und diese Uebertreibungen und Unterlassungsünden haben sich bitter gerächt. Sie haben ihr Teil zur Verschärfung der Lage beigetragen. Als die Krise mit voller Wucht über Deutschland hereinbrach, standen viele öffentliche Körperschaften ebenso wie private Unternehmungen reservenlos und schuldenüberlastet da.

Zum Brennpunkt der allgemeinen Wirtschaftsnote ist der Arbeitsmarkt geworden. Lange Zeit schon ist er das Sorgenkind unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auf ihm häuften sich die Schwierigkeiten. Eine Reihe bevölkerungspolitischer Vorgänge hat im Zusammenhang mit den Rückwirkungen des Krieges und der Inflation — der allgemeinen Verarmung einst wohlhabender Schichten — zu einem besonders starken Andrang auf dem deutschen Arbeitsmarkt geführt. Auf dem engen Raum des verkleinerten Reichsgebietes gibt es heute erheblich mehr Menschen, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, als vor dem Kriege. Man kann die Zunahme der Erwerbstätigen in der Zeitspanne von 1914—1929 auf über 8 Millionen schätzen, und es zeugt von der Elastizität und dem Lebenswillen der deutschen Volkswirtschaft, daß es gelang, den größten Teil dieses Zuwachses, allen Schwierigkeiten zum Trotz, in das Erwerbsleben einzugliedern. Immerhin mußten sich auf diesem seit Jahren unter dem Zeichen starken Andranges stehenden Arbeitsmarkt die Krisenwirkungen, mußten sich Entlassungen infolge Produktionseinschränkung und Betriebsstillegung mit doppelter Wucht auswirken. Und dazu trat schließlich die — wenn auch nur zeitlich bedingte und vorübergehende — Belastung des Arbeitsmarktes infolge der fortschreitenden Mechanisierung des Produktionsprozesses. Alles zusammen hat das bittere Masselend von Millionen Arbeitslosen verursacht.

Wenn man von den Tatsachen spricht, die die deutsche Wirtschaftsnote, über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise hinaus, verschärfen, dann wird man einen Kardinalpunkt nicht unerwähnt lassen dürfen: die Reparationen. Sie beeinträchtigen die deutsche Produktionskraft. Sie schwächen die Kaufkraft. Sie bilden eine stete Sorge der öffentlichen Finanzpolitik. Sie strahlen ihre Wirkung auf jeden politischen und wirtschaftlichen Vorgang aus. Volkswirtschaftlich gesehen, bedeuten die Kriegskriegsbeiträge nichts anderes als eine dauernde Blutabzapfung von dem geschwächten deutschen Wirtschaftskörper. Die Reparationen, eine politische, uns aufgezwungene Schuld, an der das deutsche Volk in allen seinen Erwerbsständen schwerer trägt, sind anders zu beurteilen, als andere öffentliche Lasten. Sie werden zwar auf dem Steuerwege oder auf dem Umweg über die Reichsbahnartikeln aus der Volkswirtschaft herausgezogen; sie wandern dann aber — und das unterscheidet sie von den sonstigen Abgaben — ohne Gegenwert, für uns unwiederbringlich verloren, ins Ausland dazu, das ihrer zum großen Teil gar nicht bedarf. Es ist kein Zufall, daß die beiden Hauptempfänger der deutschen Reparationsleistungen, Frankreich und die Vereinigten Staaten, vor allem Frankreich, in den letzten Jahren Goldankäufungen großen Stils vornehmen konnten. Ueber nicht weniger als 9 Milliarden Reichsmark Gold für Währungszwecke verfügt heute Frankreich. Dieses Gold kennzeichnet den Kapitalüberfluß Frankreichs; einen Ueberfluß, mit dem Frankreich nichts Besseres anzufangen weiß, als ihn zinslos und wirtschaftlich unfruchtbar einzukellern. Dieser Ueberfluß Frankreichs rührt, mindestens zu einem Teil, von den Deutschland aufgezwungenen Kriegskriegsbeiträgen her.

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. Der hiesige Ortsverein der Holzarbeiter hielt am 2. Mai im Kaufmannshaus, Schaubrücke, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, zu der auch Bezirksleiter Kollege Wolff-Diegnitz geladen war. Kollege Zimmer, Vorsitzender, begrüßte die Kollegen, insbesondere Kollegen Wolff-Diegnitz und die Kollegen vom Ortsverband. Nach Verlesung des Protokolls und des Jahresabschlusses, gab der Vorsitzende das Ansuchen des Hauptvorstandes bekannt, betreffs Veränderung der Unterstützungsordnung. Bezirksleiter Wolff und Kollege Zimmer, begründeten eingehend die Maßnahmen des Hauptvorstandes, wiesen auf die große Belastung der Hauptkasse hin, hervorgerufen durch die große Arbeitslosigkeit, Streiks und Ausperrungen. Die Maßnahmen seien unbedingt notwendig, um gegen weitere Kämpfe gerüstet zu sein. Bezirksleiter Wolff hielt dann einen Vortrag über das Thema: „Unser Blick in die Zukunft“. Er führte

ungefähr folgendes aus. Daß im Wirtschaftsleben Krisen vom Jahre 1848 aus zu verzeichnen gewesen sind, dieselben sich so von 12 zu 12 Jahren wiederholten, jetzt aber immer häufiger auftreten, aber keine von solch katastrophaler Wirkung und Dauer gewesen sei, wie die jetzige. Von Vorkriegszeit ausgehend, schilderte Kollege Wolff eingehend die Abriegelung Deutschlands. Deutschlands Außenhandel habe gelähmt. Wie die deutsche Industrie am Anfang des Krieges dazu übergehen mußte, sich umzustellen auf Kriegsarbeit, wie wir vom Weltmarkt abgeschnitten wurden und das Ausland dazu überging, sich eine eigene Industrie zu schaffen. Der verlorene Krieg habe viel dazu beigetragen, uns dem Ruin nahe zu bringen. Die Reparationslasten seien unerträglich, Frankreich wisse nicht, was es mit dem Gelde anfangen solle, dagegen es in der deutschen Wirtschaft fehle. Zum Schluß die Arbeitslosigkeit streifend sagte Kollege Wolff, daß die übergroße Rationalisierung und Technisierung viel Schuld an dem Elend unserer Volksgenossen sei und wenn nicht international dazu übergegangen wird, die allzu große Rationalisierung und Technisierung zu bekämpfen, die Arbeitslosenfrage überhaupt nicht zu lösen sei. Daß der sehr lehr- und sinnreiche Vortrag das Interesse der Mitglieder gewakt, zeigte die sehr lebhaft eintretende Diskussion, an der sich viele Kollegen beteiligten. Zum Schluß der Versammlung dankte der Vorsitzende dem Bezirksleiter Wolff für den lehrreichen Vortrag, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn Kollege Wolff wieder einmal nach Breslau kommt, die Veranstaltung noch besser besucht sein müßte, wie dieses mal.

Gleisenburg.

Striegau. Am Mittwoch, dem 22. April 1931 konnte unser lieber und treuer Kollege Anton Blofesch in unserem Heimatstädtchen auf seine 25 jährige Mitgliedschaft in unserem Ortsverein zurückblicken. Uns Striegauer Kollegen war es eine besondere Freude, diesem Kollegen an dem oben angeführten Tage seitens unseres Ortsvereins unseren Glückwunsch zu überbringen. Kollege Blofesch hat 25 Jahre mit uns Seite an Seite gestanden und sich stets für unsere Gewerkschaftsbewegung eingesetzt. Obgleich wir hier immer mit schweren Kämpfen zu rechnen hatten, hat es der genannte Kollege nicht unterlassen und immer und immer wieder mit neuer Kraft versucht, sich für unsere gerechte Sache einzusetzen. In der hiesigen Schuhfabrik hat der Kollege fleißig gearbeitet und viel Anhänger gefunden, welche unserer Gewerkschaft beitraten. Kollege Blofesch hat in den 25 Jahren stets mit uns Freude und Leid in guten und schweren Zeiten geteilt, und dies müssen wir ihm als besondere Ehre anrechnen. Kollege Blofesch wurde am 7. November 1925 als Vorsitzender des Ortsverbandes der Gewerkschaften H.-D. gewählt und hat sein Amt, welches er heute noch inne hat, seit dieser Zeit in musterhafter Weise geführt. Unser Jubilar hat immer, wenn es galt in Not geratene Mitglieder zu unterstützen, eine offene Hand gehabt und hat sich auch selber dazu hingegeben, Opfer mit einzusammeln, um unseren bedrängten Kollegen eine Freude zu bereiten. Diese Opferfreudigkeit hat Kollege Blofesch gern gebracht, weil er wußte, daß unsere Organisation die aufrichtigste und ehrlichste Organisation aller Organisationen ist, welche ihre Mitglieder, soweit sie in der Lage war, unterstützte, sowie ihre wahren Lebensinteressen durchzusetzen. Wir Striegauer Kollegen hängen mit Herz und Seele an unserer Bewegung und bedauern momentan aufs tiefste die jetzigen schweren wirtschaftlichen Verhältnisse, durch die wir um viele Jahre mit unserer Gewerkschaftsarbeit zurückgeworfen sind. Hoffen wir, daß sich die Zeiten recht bald etwas besser gestalten möchten, damit wir mit neuer Kraft, was ja auch stets Kollege Blofesch in den Versammlungen immer zum Ausdruck brachte, uns dafür einsetzen können, unsere Reihen zu stärken. Seine Treue, Arbeitsfreudigkeit und Aufrichtigkeit möchten sich viele unserer Kollegen zu Herzen nehmen und ihnen soll auch dieser Kollege ein Vorbild sein. Unsere jüngere Generation kann von diesem älteren Kollegen vieles lernen und sich immer mehr zur Pflicht machen, sobald einmal an sie der Ruf kommt, sich für unsere Bewegung zur Verfügung zu stellen, sich mit ganzer Kraft einzusetzen, damit in Zukunft auch stets unsere Organisation, welche ja die Älteste aller Organisationen und die Mutter der Arbeiterkraft ist, lebensfähig bleibt. Möge es unserem bewährten Kollegen Blofesch noch recht viele Jahre vergönnt sein, sich in körperlicher und geistiger Frische mit uns Schulter an Schulter für unsere gerechte Sache einzusetzen, sowie mit seiner lieben Ehefrau all die Jahre, die ihm noch auf dieser Erde beschieden sind, in glücklicher Ehe zu verbringen. Leider ist der genannte Kollege momentan auch ein Opfer der Arbeitslosigkeit geworden, was ihm ja schwer zu Herzen geht, weil er stets auch mit uns allen der Meinung ist, nur Arbeit bringt uns Deutsche in unserem Vaterlande zur Einigkeit und Freude unseres Daseins. Mögen unsere deutschen Nächster Verstand, Einigkeit und Kraft entfalten, daß sie uns allen, die wir in keinem Arbeitsverhältnis mehr haben, recht bald wieder einer. Erwerbszweig verschaffen, damit wir Deutsche als glückliches und bescheidenes Volk wieder dastehen.

Schlusssatz zur neueren Gewerkschaftsarbeit für unsere Bewegung, für die Zukunft.

Ulrich Raabe, Vorsitzender.

Ulm. Der Ortsverband der deutschen Gewerkschaften (H.-D.) Ulm-Neu-Ulm veranstaltete am Samstag, dem 16. Mai 1931 im Saale der „Alten Post“ einen Familienabend, verbunden mit Jubilar-Feiern. Galt es doch, sieben Kollegen, fünf vom Gewerkschaftsbereich Holzarbeiter und zwei Kollegen vom Gewerkschaftsbereich Metallarbeiter für 25-30 jährige Mitgliedschaft zu ehren. In sinnvoller und würdiger Weise leitete unser Jugend-Orchester mit herrlich vorgetragenen Musikstücken den Abend ein und bot das Beste zur Verschönerung der Feier. Ortsverbandsvorsitzender, Kollege John begrüßte die Anwesenden mit Familienangehörigen und ganz besonders die Jubilare, denen der heutige Abend in Erinnerung bleiben möge. Allen Jubilaren für ihre Tätigkeit und Treue dankend, sprach er den Wunsch aus, daß sie noch viele Jahre in unserer Mitte weilen und zum Wohle der Allgemeinheit mitarbeiten mögen.

Bezirksleiter Kollege Klopfer richtete an die Jubilare sowie an die Anwesenden sehr eindrucksvolle Worte. Was es bedeutet, ein Vierteljahrhundert in den Reihen der Arbeiterbewegung gekämpft zu haben, um die Besserstellung der Lebens- u. Arbeitsbedingungen, kann nur der ermessen, der selbst in der Bewegung mit tätig ist. Ganz besonders spricht Redner zu den jüngeren Kollegen und zur Jugend, daß sie sich an den Jubilaren ein Beispiel nehmen mögen, im Kampfe um das tägliche Leben und in der Treue zur Organisation. In dem kurz gegebenen Rückblick streift Redner ganz besonders, welche zäher und und schwieriger Kampf geführt werden mußte, um die Anerkennung der Gewerkschaften und wie ungleich schwieriger die Wirtschaftskämpfe in früheren Zeiten waren, bei denen der Arbeiter allen Schikanen von Unternehmerseite ausgesetzt war. Aber an dem geeinten und festen Willen unserer „Alten Kollegen“ sind die Angriffe der Unternehmer zerschellt. An der heutigen Generation liegt es nun, das übernommene Erbe nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen, womit wir unseren „Alten Kollegen“ den schönsten Dank erweisen.

Den Alten zur Ehr! Den Jungen zur Lehr

Den Jubilaren vom Gewerkschaftsbereich Holzarbeiter überreichte Bezirksleiter Kollege Klopfer, im Auftrag des Hauptvorstandes die „Silberne Ehrennadel“, mit einem Geldegeschenk, verbunden mit den herzlichsten Glückwünschen für ihre fernere Zukunft.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbereichs Metallarbeiter, Kollege Bohner, richtete herzliche, mit den besten Wünschen getragene Worte an die Jubilare und überreichte diesen im Auftrage des Hauptvorstandes die „Silberne Ehrennadel“ mit „Ehren-Urkunde“, sowie einen herrlichen Korb mit schönen und nützlichen Gaben, verbunden mit den besten Glückwünschen. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Straub für die Beachtung und die schöne Veranstaltung, mit dem Wunsche, daß die Jugend das begonnene Werk fortführen und unsere Bewegung stärken möge.

Verschiedene Kollegen sorgten durch humorvolle Beiträge für eine gemüthliche Stimmung, bei der die Stunden allzu rasch vergingen.

Die sehr gut besuchte Veranstaltung nahm einen schönen Verlauf. G. K.

Weißenhorn. Erwerbslosenversammlung des Gewerkschaftsbereichs der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.), Ortsverein Weißenhorn. Am Sonntag, dem 3. Mai 1931, nachmittags 4 Uhr fand eine sehr gut besuchte Erwerbslosenversammlung statt, zu der auch die in Arbeit stehenden Kollegen zahlreich erschienen.

Die Stadtverwaltung Weißenhorn war auf unsere Einladung hin vertreten, durch Herrn Oberwachmeister Wüstenhoyer, die Gemeindeverwaltung Grafertshofen durch Herrn Bürgermeister Wöhle. Vorsitzender Kollege Ruch eröffnete die Versammlung und begrüßte die Behördenvertreter, sowie sämtliche Anwesenden.

Bezirksleiter Kollege Klopfer-Ulm referierte über die wichtigsten Bestimmungen der Arbeitslosen- und Krisenversicherung, sowie über Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung: Die in letzter Zeit vielfach aufgetauchten falschen Gerüchte, wonach die Krisenunterstützung auf den späteren Bezug angerechnet werden soll, wiederlegte der Referent an Hand des Gesetzes und der Entscheidungen der Spruchkammern und des Spruchsenats. Arbeitslosenunterstützung erhält, wer bei der ersten Arbeitslosmeldung die letzten 2 Jahre, 52 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung stand und Beiträge zur Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung bezahlte. Bei jeder weiteren Arbeitslosmeldung ist eine versicherungspflichtige Beschäftigung von 26 Wochen in den letzten 12 Monaten erforderlich. Zur Bezug der Krisenunterstützung ist zugelassen, wer nicht unter die Gruppe „Landwirtschaft“, ausgenommen landwirtschaftliche Angestellte, oder die Gruppe „Hausliche Dienste“ fällt und wer bedürftig ist. Zur Prüfung der Bedürftigkeit sind besondere Richtlinien vorhanden, die Redner erläuterte. Arbeitslose unter 21 Jahren erhalten keine Krisenunterstützung. Auf Grund der Richtlinien des Landesamtes „Bayern“ sind in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern von dem Bezug der Krisenunterstützung ausgeschlossen: angelernte und ungelernete Fabrikarbeiter, soweit sie auf Grund ihres beruflichen Vergangens noch für andere Berufe „vermittlungsfähig“ sind. Redner weist nach, wie schwer sich letztere Bestimmung gerade in der heutigen Zeit gegen die Arbeitslosen auswirkt, da bei der heutigen

Arbeitsmarktlage die Möglichkeit gar nicht besteht, eine Vermittlung vorzunehmen. Was nützt nun die „Vermittlungsfähigkeit“, wenn die „Vermittlungsmöglichkeit“ nicht vorhanden ist. Der Referent erläuterte noch die Einspruchsmöglichkeiten, das Spruchverfahren und macht die Kollegen ganz besonders auf die 2wöchentliche Einspruchsfrist aufmerksam. Weiter weist Redner an Hand von Beispielen und den vielen in letzter Zeit erzielten Erfolgen nach, daß das Einspruchverfahren nicht immer erfolglos sei, wie vielfach die Meinung unter den Arbeitslosen vorherrscht. Die Kollegen, die dem Gewerkschaftsbereich angehören sind, und somit einen Vertreter im Spruchverfahren hatten, konnten auch den Erfolg für sich buchen.

Anschließend erläuterte Klopfer den Bericht der Gutachterkommission in der Frage der Arbeitsbeschaffung. Schon vor geraumer Zeit hatte der Gewerkschaftsring, unsere Spitzenorganisation durch Einbringung eines Gesetzentwurfs betr. Verkürzung der Arbeitszeit und dafür Mehrereinstellung von Arbeitskräften, sowie Beseitigung des Doppelverdienens, was wiederum eine erhebliche Mehrereinstellung von Arbeitskräften auslösen müßte, sich intensiv bemüht, die Lage der Arbeitslosen zu bessern. Erfolgreich ist, daß auch die Gutachterkommission sich diese Grundlagen zu eigen machte, die von den Gewerkschaften schon vor Monaten gefordert wurden. Die Arbeitslosen fordern mit altem Nachdruck, daß die Regierung diese Forderungen so schnell wie möglich zur Durchführung bringt, damit das Los der Arbeitslosen gebessert und die große Zahl verringert wird.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Eine lebhaft ausgeführte Diskussion ergab die einmütige Auffassung der Versammelten, daß die Arbeitslosen in Treue zur Organisation, die engste Fühlung mit dem Gewerkschaftsbereich erhalten müssen, um vor Schaden bewahrt zu bleiben.

Die in der Aussprache gestellten Anfragen werden vom Referenten beantwortet und schließt derselbe seine Ausführungen mit dem Appell an die Anwesenden, zu reger Mitarbeit in der Werbetätigkeit.

Der Vorsitzende Kollege Ruch schließt mit dem Dank an die Anwesenden die stark besuchte und gut verlaufene Versammlung mit dem Wunsche: Erfülle jeder seine Pflicht zur Stärkung unserer Reihen.

Sch.

Wöchentliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 23.-29. Mai ist die 21. Woche fällig
Für die Woche vom 30. Mai - 5. Juni die 22. Woche fällig.

Sprechmaschinen-Laufwerke Schalldosen, Metalltonführungen usw.

äußerst günstigen Preis.

M. Bopp, Hanau a. Main, Huttenstraße 3.

? Ist Dein Arbeitskollege ? organisiert

Gib ihm die Zeitung, kläre ihn auf und erziehe ihn zu einem Mitkämpfer in unserem

G. d. H. A.

**Einheitliche
Bereinsabzeichen!**

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.

Werbe jeder für den Gewerkschaftsbereich!